bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 12 | 9. Juni 2006

Rechte Szene 2

PR-Maßnahmen
Mit Aufmärschen während der WM wollen Rechtsextremisten in die Schlagzeilen geraten.

„Kanzlervasallin Merkel“
Neonazis mobilisieren gegen Bush-Besuch.

„Charakterfester Kämpfer“
Seit über 50 Jahren ist Peter Dehoust im rechtsextremen Lager aktiv.

Prozesse 5

Milde Richter
Die Täter des brutalen Überfalls auf einen deutsch-äthiopischen Jungen kamen glimpflich davon. Mögliche Augenzeugen sahen weg.

„Bordsteinkick“
Jugendliches Opfer stand Todesängste aus.

Ausland 6

Prügel für „Hollywood Nazis“
Handfeste Rivalitäten beim „Nordic Fest“.

„Krieg der Plattenfirmen“
Der „Hate-Rock“-Markt in den USA ist hart umkämpft. Geschäftshungrige junge Labels haben die Neonaziszene im Griff.

Seitenblick 8

„Demokratie in Gefahr“
Sachsen-Anhalts Innenminister Holger Hövelmann fordert im Kampf gegen Rechts eine Neuausrichtung von Erziehungs- und Bildungspolitik.

Grauzone 9

Maritime „Wallfahrtstätte“
Rechtslastiges Publikum erfreut sich an den Zeugnissen deutscher Reichskriegsmarine.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Schreibtischtäter
Nur im „Lischka-Prozess“ konnten die „Endlöser“ von Frankreich in der Bundesrepublik zur Rechenschaft gezogen werden – weitere Strafverfahren wurden unterdrückt.

Meldungen 11

Rechte Szene

PR-Maßnahmen

Mit Aufmärschen während der WM wollen Rechtsextremisten in die Schlagzeilen geraten.

Der Berichterstatter von der NPD Mettmann freute sich: „Unsere Demo wurde von ungewöhnlich viel (ausländischen?) Pressefotografen und Fernsehkameras begleitet.“ Woher das besondere Interesse gerade an jener Demonstration am 3. Juni in Düsseldorf rührte, wo doch an jedem Wochenende durchschnittlich zwei solche Aufzüge in Deutschland stattfinden und die Medien sich an dieses Phänomen sozusagen schon gewöhnt haben? „Ich nehme mal an, dass wir das der Fußball-WM zu verdanken haben“, vermutet der Mettmanner NPD-Beobachter.

Zwischen 250 und 300 Neonazis zogen eine Woche vor Beginn der WM durch die Straßen der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt, um „kurz bevor die Welt zu Gast bei Freunden sein wird und König Fußball die Republik in den Ausnahmezustand versetzen soll, das Turnier auf unsere Art“ zu beginnen, wie es in dem Demo-Aufruf hieß. Eingeladen hatten „freie Strukturen“ – konkret jener Teil der „Freien“, der mit der NPD kooperiert, so die Rheinländer Christian Malcoci und Sven Skoda. Und neben dem „freien Aktivisten“ Skoda gehörten auch der Landesvize der NPD in NRW, Claus Cremer, und der neugewählte hessische NPD-Landesvorsitzende und Kopf der „Freien Nationalisten Rhein-Main“, Marcel Wöll, zu den Rednern.

Cremer spekulierte wohl auch darauf, dass die parteifreien Neonazis ihrerseits die Demo der NPD am 10. Juni unterstützen. Angemeldet hatte die NPD zunächst nur eine Demonstration in Gelsenkirchen, wo am Tag zuvor Polen gegen Ecuador spielt und zwei Tage später die USA und Tschechien aufeinandertreffen. Nachdem sich aber abzeichnete, dass dieser Aufmarsch verboten werden könnte, wurde eine weitere Demo im wenige Kilometer entfernten Herne angemeldet. Zwar enthält der Aufruf keinen ausdrücklichen Bezug zur WM, statt dessen soll die Demonstration unter dem Motto „Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre!“ laufen. Doch Ort und Zeit waren genau bedacht. In einer Erklärung vom 18. Mai freute sich die NPD, bereits jetzt habe man „einen großen Werbeerfolg erzielen können. Es gibt kaum eine Zeitung an Rhein und Ruhr, die nicht über die geplanten Aktivitäten berichtet hat“. Polizeipräsident Rüdiger von Schoenfeldt erließ ein Verbot: Er wolle verhindern, „dass vor den Augen der Weltöffentlichkeit während der WM Rechtsextremisten durch die Straßen Gelsenkirchens ziehen, um ihre rassistischen und ausländerfeindlichen Parolen zu verbreiten“. Das Verwaltungsgericht hob das Verbot wieder auf. Nach einer Beschwerde von Schoenfeldts bestätigte das Oberverwaltungsgericht Münster das Verbot. Die Polizei in Bochum untersagte auch eine Demonstration in Herne.

Düsseldorf-Redner Marcel Wöll wollte auch eine Neonazi-Demonstration in Frankfurt am 17. Juni organisieren, wenn in der Mainmetropole der Iran auf Portugal trifft. Auch er spekulierte auf eine besondere mediale Aufmerksamkeit. An jenem Tag habe „die Weltöffentlichkeit ihre Augen auf Frankfurt gerichtet“, hieß es in dem Aufruf. „Präsident Ahmadinejad zu Gast bei Freunden“ sollte das Motto sein. Die Organisatoren, die sich selbst als „nationale Sozialisten“ bezeichnen, stellten sich hinter die antisemitischen Äußerungen des iranischen Präsidenten. Das „intelligente Volk“ der Deutschen sei „heute immer noch eine Geisel des Zweiten Weltkriegs“, zitierten sie ihn. Und weiter: „Jeder Deutsche steht bereits bei der Geburt in der Schuld arroganter und gieriger Zionisten.“ Nach dem – erwarteten – Verbot reagierte Wöll mit dem Hinweis, dieses sei „bei dem Medienrummel, den wir ohne großen Aufwand erzeugt haben, nicht weiter schlimm. Zeitungen und Fernsehsender in der ganzen Welt, von England bis Japan haben darüber berichtet, dass deutsche Nationalisten in alter Tradition an der Seite der freien Völker stehen und es nicht scheuen für die Geächteten das Wort zu ergreifen. Trotzdem die Demonstration verboten wird, war die Propaganda ein voller Erfolg“.

Die Frankfurter Demoankündigung dürfte dem NPD-Parteivorstand eigentlich überhaupt nicht gefallen haben. Der hatte am 24. Mai, erklärt, er habe „keinerlei Interesse daran, die bereits angespannte Sicherheitslage durch zusätzliche Demonstrationen während der WM zu gefährden“. Daher würden die Untergliederungen angewiesen, „an Spieltagen vor den Spielstätten auf Demonst-

rationen zu verzichten". Der sächsische Landesverband hielt sich an das Verdikt. Statt eines Aufmarschs will er nur mit Flugblättern das iranische Team „begrüßen", wenn es am 21. Juni in Leipzig antritt. Eine weitere Demo in einem WM-Spielort ist zudem am 1. Juli in München unter dem Motto „Rückführung statt Integration" angekündigt. Veranstalter sind die NPD Oberbayern, die JN Bayern und „freie Kräfte". Anmelder ist der neue bayerische JN-Vorsitzende Norman Bordin.

Neben der Frage, ob und welche Neonazi-Aufzüge sie zu begleiten haben, ist das mögliche Auftreten von Hooligans und Neonazis auch aus anderen europäischen Ländern ein Unsicherheitsfaktor für die Sicherheitsbehörden. Vor allem in Polen gibt es auffällige Überschneidungen zwischen der Hool- und der Neonaziszene. Und Mario Machado von der portugiesischen Frente Nacional beispielsweise hat Aktionen beim Spiel seines Landes gegen die einstige Kolonie Angola am 11. Juni angekündigt. Machado sollte am 10. Juni auch beim – verbotenen – „Fest der Völker" der NPD in Jena auftreten.

Die NPD schaffte es derweil bereits weit im Vorfeld der Weltmeisterschaft, in die Schlagzeilen zu kommen: mit ihrem WM-Planer, dessen Titelseite ausschnittsweise einen Spieler mit der Trikotnummer 25 zeigte – der Nummer des Bremer Verteidigers Patrick Owomoyela, Sohn einer Deutschen und eines Nigerianers – und versehen mit dem Schriftzug „Weiß. Nicht nur eine Trikotfarbe! Für eine echte NATIONAL-Mannschaft!" Zwar wurden 70 000 Exemplare des Planers in der Parteizentrale beschlagnahmt. Doch so oft gelingt es der Partei ja nicht, in die Hauptnachrichtensendungen des Fernsehens zu gelangen. Da war der Verlust der ersten Auflage des Planers zu verschmerzen. Eine neue Broschüre war rasch bei der Hand: Elf Spieler-Symbole mit schwarzen, braunen, roten, gelben und einem einzigen weißen Kopf auf der Titelseite und mit der Frage „Nationalelf 2010?" Den vorderen Spieler schmückte die Trikotnummer 77. Die 88 („Heil Hitler") zu wählen, hatte wohl die Furcht vor einer weiteren Beschlagnahmung verhindert. Doch dieses Kalkül ging nicht auf: Das Landgericht Berlin verbot auch den Vertrieb dieser zweiten Planer-Auflage wegen seiner rassistischen Passagen.

Tomas Sager

„Kanzlervasallin Merkel"

Neonazis mobilisieren gegen Bush-Besuch.

Nicht nur die Friedensbewegung sondern auch die Neonazis wollen sich mit Protesten gegen den Besuch des US-Präsidenten Bush am 14. Juli in Stralsund bemerkbar machen. „Dieser Besuch dürfte gerade für nationale Kreise eine einzigartige Gelegenheit sein, am 14. Juli in Stralsund zu zeigen, was sie von der Kriegspolitik der USA und ihrer bundesdeutschen Kanzlervasallin Angela Merkel halten", heißt es auf der rechten Internetplattform Altermedia.

In einer Erklärung des NPD-Parteivorstandes wird ebenfalls von der „Merkel-Vasallenregierung" gesprochen, die sich ungebremst dem „Kulturimperialismus" der USA unterwerfe. „Wir werden in Stralsund mit unseren örtlichen Mandatsträgern am 14. Juli vor Ort sein, um die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, dass sich das Volk den Bestrebungen widersetzen wird, Söldnerdienste für die imperialen Interessen der USA zu leisten", wird betont. Die beiden NPD-Mandatsträger in Stralsund haben im Rathaus eine Ausstellung zum Thema „Kriegsverbrechen der USA unter besonderer Berücksichtigung der Rolle George W. Bushs" angekündigt. In einer Pressemeldung erklärt die Stralsunder NPD: „Diese Ausstellung reiht sich in eine Kampagne ein, welche unsere Landsleute lückenlos über die 'Friedenspolitik' von George W. Bush aufklären soll." Die NPD-Stadtverordneten gerieren sich gleichzeitig als bürgernah. In einer kleinen Anfrage wollten sie wissen: „Wie schätzt die Hansestadt Stralsund das Ausmaß der Verkehrsbeschränkungen ein, welche die Stadt am Freitag, 14.07.06 und den Vortagen wegen des Besuches des US-Präsidenten Bush erleben wird? Wird es den Bürgern möglich sein, die Ladengeschäfte in der Innenstadt aufzusuchen...?"

In rechtsextremen Interforen werden diese Aktivitäten lobend zur Kenntnis genommen. Die NPD-Ratsvertreter scheinen ihre bisherige „Schüchternheit" überwunden zu haben, heißt es dazu bei Altermedia. Zuvor war dort zu lesen: „Stralsunder Grüne für Proteste gegen Bush-Besuch am 14. Juli – Stralsunder NPD hingegen nach wie vor sprachlos.".

Peter Nowak

„Charakterfester Kämpfer“

Seit über 50 Jahren ist Peter Dehoust im rechtsextremen Lager aktiv.

Peter Dehoust, ein „Urgestein der politischen Nachkriegsrechten“ („Nation&Europa) feierte am 30. Mai seinen 70. Geburtstag. Der Mitherausgeber von „Nation&Europa“ (NE) gilt im „nationalen Lager als ein charakterfester Kämpfer für die Wahrung der nationalen Identität und gegen Dekadenz und Geschichtsfälschung“ („Zur Zeit“). 2001 stellte das nordrhein-westfälische Landesamt für Verfassungsschutz fest, dass in einem von Dehousts Büchern „Antisemitismus als durchgängiges Ideologieelement“ anzutreffen sei.

Dehoust war Mitgründer und Chefideologe des 1956 in Heidelberg gegründeten „Bundes Nationaler Studenten“ (BNS), der 1960/61 schrittweise im ganzen Bundesgebiet verboten wurde. Nach der Zerschlagung des BNS engagierte sich Dehoust in der NPD, zuvor gehörte er der Deutschen Reichspartei (DRP) an. Von 1961 bis 1978 war Dehoust Herausgeber des „Deutschen Studenten-Anzeigers“, „der auch mitten in wildester APO-Zeit als auflagenstärkstes deutsches Studentenblatt den Linken kräftig in die Parade fuhr“, urteilte die rechtsextreme „National-Zeitung“ aus München.

Ab 1963 arbeitete Dehoust als Redakteur bei „Nation Europa“ (Coburg; später „Nation&Europa“). Arthur Ehrhardt, den Gründer und Kopf der Zeitschrift, vormals SS-Sturmbannführer und Chef der so genannten Bandenbekämpfung im Führerhauptquartier, hatte Dehoust bereits 1953 kennengelernt. 1971 ernannte Ehrhardt Dehoust zum Chefredakteur von „Nation Europa“. In den folgenden Jahren verleibte sich Dehoust den Waffen-SS-treuen Schütz-Verlag ein und schluckte die rechtsextremen Blätter „Deutsche Monatshefte“ sowie „Deutsche Rundschau“. Unter seiner Führung wurde „Nation&Europa“, die älteste noch erscheinende Zeitschrift des deutschen Rechtsextremismus, zum führenden Ideologie- und Strategieorgan bundesdeutscher Rechtsextremisten ausgebaut.

Vorrangiges Ziel von Dehoust ist es seit den 90er Jahren, dazu beizutragen, die Zersplitterung der rechtsextremen Parteien und Organisationen in der Bundesrepublik zu überwinden und das Lager zu einen. Der ursprüngliche „Europa-Gedanke“ von NE ist – abgesehen von Kontakten zu gleichgesinnten Parteien und Organisationen in Europa – zunehmend zugunsten eines deutschen Nationalismus in den Hintergrund getreten.

1972 war Dehoust einer der Cheforganisatoren des „1. Nationaleuropäischen Jugendkongresses“ in München und wurde in das Generalsekretariat der „Intereuropäischen Nationale“ (Coburg) gewählt. Eine ähnliche Veranstaltung hatte im September 1942 in Wien mit der Gründung eines „Europäischen Jugendverbandes“ stattgefunden. Initiator war Baldur von Schirach, NS-Reichsleiter für Erziehung.

Über viele Jahre hinweg hat Dehoust, der „die Wahrung der nationalen Identität“ als die wichtigste Aufgabe der Zukunft nennt, auch an führender Stelle die politische Ausrichtung und Aktivitäten der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) und des rassistischen Hilfskomitees Südliches Afrika (HSA) geprägt. Anfang der 90er Jahre trat Dehoust aus der NPD aus, für die er unter anderem als bayerisches Landesvorstandsmitglied und Landtagskandidat zur Verfügung gestanden hatte und arbeitete bei der Gründung der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) mit, deren Bundesvorstand er zeitweilig angehörte.

1996 zeichnete die GFP Dehoust mit der Ulrich von Hutten-Medaille aus. Die Laudatio hielt Werner Kuhnt, einstmals Reichstagsabgeordneter der NSDAP. Ende der 90er Jahre eröffnete Dehoust in NE eine publizistische Kampagne gegen die Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter. „Bezeichnend ist“, schrieb der Verfassungsschutz, „dass die Zwangsarbeiterentschädigung fast ausschließlich als Ergebnis einer jüdischen Erpressung gesehen wird.“ 1999 überbrachte Dehoust im Namen der HSA eine Grußbotschaft bei einer Buren-Veranstaltung am Vortrekker-Nationaldenkmal in Südafrika. Als Referent und Redner trat er unter anderem bei der Burschenschaft Jenensia in Jena, beim Nationalen Bündnis Dresden und beim NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt in Erscheinung. 2005 war Dehoust Gründungsmitglied des NPD- „Bildungswerkes für Heimat und nationale Identität“, dessen Vorsitz er übernahm.

Anton Maegerle

Prozesse

Milde Richter

Die Täter des brutalen Überfalls auf einen deutsch-äthiopischen Jungen kamen glimpflich davon. Mögliche Augenzeugen sahen weg.

Die Staatsanwaltschaft Magdeburg hat gegen das Urteil gegen die Rechtsextremisten Berufung eingelegt, die am 9. Januar einen 12-jährigen deutsch-äthiopischen Jungen in Pömmelte im Landkreis Schönebeck südlich von Magdeburg mehr als eine Stunde lang geschlagen, getreten, gequält und gedemütigt haben. Zur Erinnerung: Der Junge war von den vier Skinheads auf seinem Heimweg von der Schule schon im Bus angepöbelt worden, ohne dass der Busfahrer in irgend einer Form reagiert hätte. Als der Junge und die Glatzen in Pömmelte aus dem Bus ausstiegen, verließen auch ein Mann und eine junge Frau den Bus, ohne sich um das weitere Geschehen zu kümmern. Sie wurden als potenzielle Zeugen lange von der Polizei gesucht – ohne Erfolg.

Während der mehr als einstündigen Tortur wurde der Junge geschlagen, getreten, außerdem mit Bier übergossen und gezwungen, den Glatzen die Stiefel abzulecken. Zudem urinierten die Skinheads auf ihn und beschimpften ihn als „Neger“ und „Bimbo“. 16 von 34 Einzelverletzungen führten dazu, dass das Gesicht des Jungen bis zur Unkenntlichkeit angeschwollen war. Die Qualen gipfelten darin, dass die Täter dem Schüler eine Zigarette auf dem Augenlid ausdrückten.

In der zweiten Mai-Hälfte verkündete das Amtsgericht Schönebeck sein Urteil über die Täter. Der 20-jährige Francesco L. muss für dreieinhalb Jahre hinter Gitter. In dieses Urteil bezog das Gericht auch weitere Straftaten, unter anderem wegen versuchter schwerer Körperverletzung in einem anderen Fall, wegen Fahrens ohne Führerschein und unter Alkoholeinfluss sowie versuchten Diebstahls mit ein. Für viele Bewohner Pömmeltes ein zu mildes Urteil. Francesco L. hat bereits seit seinem 14. Lebensjahr Kontakt zur rechten Szene gehabt, kann insofern als ideologisch gefestigt gelten. In dem kleinen Ort verbreitete er insbesondere dann immer wieder Angst und Schrecken, wenn er unter Alkoholeinfluss stand.

Morten D., ebenfalls ein Hauptbeteiligter an der Gewalttat, wurde zu zwei Jahren Jugendstrafe verurteilt. Ob diese Strafe gegen den 16-Jährigen zur Bewährung ausgesetzt wird, soll laut Gericht erst in einem halben Jahr entschieden werden. Bis dahin bleibt er auf freiem Fuß. Genau gegen diese beiden Entscheidungen richtet sich die Berufung der Staatsanwaltschaft. Morten D. hatte im Prozess ausgesagt, „etwas gegen Ausländer zu haben, ihnen aber normaler Weise nichts zu tun“. Er hatte auch eingeräumt, dass er sich bemüht hatte, in Pömmelte eine rechte Kameradschaft zu gründen. Lediglich aus mangelndem Interesse Gleichgesinnter sei daraus nichts geworden.

Die Zwillinge Kevin und Steven W. (16) wurden vom Gericht als Mitläufer der Tat eingestuft und zu jeweils einem Jahr und sieben Monaten Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt.

Das Opfer der Gewaltorgie machte in seiner Aussage deutlich, wie schwerwiegend seine seelischen Verletzungen sind. „Ich träume nachts Schrott, und ich habe Angst, das Haus zu verlassen“, sagte er. „Als ich kürzlich mit dem Zug fuhr, bin ich vor Angst ausgestiegen, als Jugendliche mit Bomberjacken eingestiegen sind.“

Viel zu oft lassen Verwaltungen und Behörden derartige fremdenfeindliche und rechtsextreme Übergriffe auf sich beruhen. Der 12-jährige Deutsch-Äthiopier war bereits einmal Opfer eines Überfalls derselben Täter. Die Leitung des Diakonie-Heimes in Pömmelte, in dem der Junge lebte, sah seinerzeit von einer Strafanzeige ab, um die Situation in dem Ort nicht noch eskalieren zu lassen. Und auch das zuständige Jugendamt hat mittlerweile unter Beweis gestellt, dass es nur zu leicht bereit ist, vor rechter Gewalt einzuknicken. Schon wenige Tage nach seiner Tortur hatte der 12-Jährige im Krankenhaus geäußert, dass er nach seiner Entlassung gern wieder in das Diakonie-Heim in Pömmelte zurückkehren möchte. Das Jugendamt entschied anders. Der Junge wurde zwischenzeitlich in einem anderen Heim untergebracht. Und nun muss er neben der Verarbeitung seiner schweren seelischen Verletzungen auch noch den schwierigen Prozess der Eingewöhnung in ein ihm völlig unbekanntes soziales Umfeld bewältigen.

Eberhard Löblich

„Bordsteinkick“

Jugendliches Opfer stand Todesängste aus.

Seit Anfang Mai läuft vor der Jugendkammer des Landgerichts in Oldenburg ein bemerkenswerter aber wenig beachteter Prozess gegen fünf junge Männer, die der rechten Szene in Westerstede, den so genannten „Ammerländer Skins“, zugeordnet werden. Ihnen wird gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung vorgeworfen, dem „erheblich vorbestraften“ Simon B. zusätzlich noch eine Anklage wegen versuchten Mordes. Lars G. wurde in Handschellen vorgeführt, er sitzt zur Zeit eine Strafe in Vechta wegen anderer Gewaltdelikte ab. Die Angeklagten sollen nach zahlreichen Zeugenaussagen Ende 2003 teilweise mit Baseballschlägern bewaffnet in einen Jugendclub in Uplengen eingedrungen sein und auf 10- bis 16-jährige Besucher eingeschlagen haben. Dabei gröhlten sie Naziparolen. Zwei 10-jährige türkischstämmige Jungen, die sich angsterfüllt versteckt hatten, sollen in der Toilette des Klubs traktiert worden sein.

Besonders übel wurde einem damals 15-Jährigen mitgespielt, dem zunächst die Flucht aus dem Jugendzentrum gelungen war. Er wurde jedoch von dem als gewaltbereit geltenden Hauptangeklagten eingeholt und musste danach den so genannten „Bordsteinkick“ aus dem Film „American History X“ nachstellen. Während der Junge „in Todesangst“ in den Bordstein biss, habe der schwer angetrunkene Angeklagte Anlauf genommen um ihm ins Genick zu springen, sei aber abgerutscht. Vor Gericht allerdings legen alle fünf Angeklagten wert darauf, nicht als Neonazis aufzufallen. Tatsächlich scheint der politische Hintergrund keine Rolle zu spielen.

Das Landgericht in Oldenburg wird sich noch bis Mitte Juni mit dem Tatgeschehen beschäftigen müssen. Die Verteidigung von Simon B. gibt zu seiner Entlastung an, er sei bewusst daneben gesprungen, von einer Mordabsicht könne keine Rede sein. Ein fremdenfeindlicher Hintergrund findet kaum Gewicht in diesem Prozess, obwohl ein Betroffener wiederum berichtet, dass die Neonazis gezielt Jagd auf „dunkelhäutige Besucher des Jugendzentrums“ gemacht hätten.

Andrea Röpke

Ausland

Prügel für „Hollywood Nazis“

Handfeste Rivalitäten beim „Nordic Fest“.

Der Nationalfeiertag „Memorial Day“ markiert den Abschluss eines der größten „White Power“-Treffen auf amerikanischem Boden, dem „Nordic Fest“, das alljährlich im Bundesstaat Kentucky stattfindet. Auch zur 6. Auflage des Festivals waren Ende Mai wieder Rechtsextremisten aller Couleur in die Kleinstadt Dawson Springs gepilgert, um dort vier Tage lang Kontakte zu knüpfen und die Einigkeit der Bewegung zu demonstrieren. Wie weit es damit angesichts der tief verwurzelten Rivalitäten her ist, wurde noch während des offiziellen Programms deutlich, als fünf aus Ohio angereiste Mitglieder der „Nationalist Socialist Movement“ (NSM) von einer Horde Glatzköpfe krankenhausreif geprügelt wurden.

Stein des Anstoßes waren frühere Äußerungen des NSM-Sprechers Bill White, der selbst wohlweislich fern geblieben war. Der Funktionär und Administrator der antisemitischen Website „Overthrow.com“ gilt unter Skinheads als „Spitzel“, dem das jüngste Hoch seiner wegen ihres Uniformfetischs oft als „Hollywood Nazis“ titulierten Organisation zu Kopf gestiegen ist. Die Angreifer rekrutierten sich aus den Reihen unter dem Banner des „Vinlanders Social Club“ vereinigter Skinhead-Gangs, wie den Keystone State, Maryland State, Ohio State oder Hoosier State Skins, die von Brian James und Eric „The Butcher“ Fairburn angeführt werden. James gehört zum Führungszirkel des Ende 2006 gegründeten „Blood&Honour Council“.

Organisiert wurde das „Nordic Fest 2006“, zu dessen Höhepunkten traditionell auch eine Kreuzverbrennung gehört, von der KuKluxKlan-Fraktion „The Imperial Klans of America“ und „Blood&Honour USA“. Als Stargast trat der radikale Radiomoderator Hal Turner auf, der seinen Beitrag zur aktuellen Einwanderungsdebatte zum Besten gab: „Säubert Eure Waffen“, forderte er das Publikum auf, „sorgt für reichlich Munition und tut, was getan werden muss.“

Michael Funk

„Krieg der Plattenfirmen“

Der „Hate-Rock“-Markt in den USA ist hart umkämpft. Geschäftshungrige junge Labels haben die Neonaziszene im Griff.

Rund 150 Neonazis, die meisten kahl rasiert und mit Bomberjacken und Springerstiefeln bekleidet, versammelten sich im US-Bundesstaat Pennsylvania in den Räumen einer lokalen Feuerwache zum ersten großen „White Power“-Konzert des Jahres. „Uprise 2006“ lautete das Motto des Treffens im Januar, zu dem die Veranstalter – die Skinhead-Gang „Keystone State Skinheads“ und das Plattenlabel „Final Stand Records“ – einige der populärsten rassistischen Bands der USA aufgeboten hatten, darunter „Those Opposed“ oder „Straightlaced Nightmare“. Auf das Publikum warteten knapp fünf Stunden „Hate Rock“.

Das Rezept des „Hassrock“ ist simpel: einfache, musikalisch anspruchslose Hymnen, getrieben von harten Gitarren und wütenden Texten, wie: „I believe in the White race! I believe in my country … For my Race and Nation!“ (Ich glaube an die weiße Rasse! Ich glaube an mein Land … Für meine Rasse und meine Nation).

Musik ist heute für die rechtsextreme Bewegung eines der effektivsten Instrumente der Mitgliederrekrutierung. Aber auch die Profite der subversiven Rechtsrockindustrie spielen eine wichtige Rolle. So erwirtschaftete „Resistance Records“, hauseigener Musikhändler der neonazistischen National Alliance, noch vor einigen Jahren schätzungsweise 1 Million US-Dollar Gewinn. Mit den Kräfteverschiebungen innerhalb des US-amerikanischen „White Supremacy“-Spektrums hat sich jedoch auch der rechtsradikale Musikmarkt in den letzten Jahren rapide verändert. Die Aushängeschilder ehemals mächtiger Organisationen wie „Resistance“, die Tochterfirma „Unholy Records“ (beide West Virginia) oder „Aryan Nations Records“ (Alabama) haben ihre dominierende Stellung eingebüßt. Der Hauptkonkurrent „Panzerfaust Records“ aus Minnesota kollabierte im Frühjahr 2005, nachdem die mexikanische Abstammung des Managers Anthony Pierpont publik geworden war.

Das entstandene Vakuum wurde schnell von jungen, geschäftshungrigen „Hate Rock“-Labels gefüllt. In der rechtsextremen Szene tummeln sich viele kleine Händler, die einzelne Gruppen für Vermarktung und Verkauf ihrer Alben bezahlen. Resultierend daraus verbreiten die bekanntesten „White Power“-Combos ihre Werke nicht selten parallel über mehrere Distributoren. Einige davon haben sich auf Nischen spezialisiert, wie „Elegy Records“ (New Jersey), der größte US-Anbieter im Bereich nationalsozialistischer Black Metal. Fast alle verkaufen neben CDs und DVDs auch Bekleidung, Bücher und Nazi-Accessoires. Als Katalog dienen Internetseiten mit Download- und Bestellmöglichkeiten. Neuerscheinungen ebenso wie Veranstaltungen werden via Newsletter oder Printmedien beworben. Das kalifornische Label „Condemned Records“ publiziert unter anderem ein eigenes Musikmagazin und organisiert regelmäßig Rechtsrock-Konzerte.

Produktion und Vertrieb von CDs mit dem populären „Hatecore“ oder „Oi“-Rock werden maßgeblich von radikalen Skinheads kontrolliert, deren Lager gleichzeitig auch die größte Absatzgruppe darstellt. „Diehard Records“ (West Virginia), „White Devil Industries“ (Kalifornien) oder das Blood&Honour-nahe Label „ISD Records“ (Ohio) versorgen die Szene mit stramm arischem Liedgut und fördern aufstrebende Newcomer über Bandwettbewerbe und Gratisaufnahmen. Zu den neuen Flaggschiffen der Industrie zählen auch der von den Hammerskins unterstützte Panzerfaust-Nachfolger „Free your Mind Productions“ (Georgia) und „Final Stand Record“ (Delaware), dessen Betreiber Robert Huber Mitglied der „Skinhead Hall of Fame“ und gleichzeitig Gitarrist der Fascho-Band „Teardown“ ist. Mit „NSM88 Records“ sprang vor einiger Zeit auch die aktuell aktivste US-Neonazi-Organisation Nationalist Socialist Movement aus Minnesota auf den begehrten Zug auf.

Der lukrative „Hate Rock“-Markt ist so hart umkämpft, dass bereits von einem „Krieg der Plattenfirmen“ gesprochen wird. Rivalitäten und Missgunst sind keine Seltenheit, während die Ideologie häufig auf der Strecke bleibt. Eine ironische Note im Blick auf ein Geschäft, das in erster Linie auf der Vermarktung der Botschaft von der Einigkeit der weißen Rasse basiert.

Michael Funk

Seitenblick

„Demokratie in Gefahr“

Sachsen-Anhalts SPD-Innenminister Holger Hövelmann fordert im Kampf gegen Rechts eine Neuausrichtung von Erziehungs- und Bildungspolitik.

Handeln tut Not – auch in Sachsen-Anhalt. Die Staatsschutzstatistik belegt, dass das Land in Sachen Rechtsextremismus nicht aus dem allgemeinen Bundestrend ausgeschert ist. So sind die Fälle politisch motivierter Straftaten von rechts im Jahr 2005 auf 1130 angestiegen (2004: 758). Die Zahl der Gewaltdelikte hat von 73 auf 116 deutlich zugenommen. „Auch ohne schon die konkreten Zahlen des Verfassungsschutzberichtes vorliegen zu haben, gehe ich davon aus, dass die rechtsradikale Szene im vergangenen Jahr ähnlich wie im Bundestrend auch in Sachsen-Anhalt deutlichen Zulauf erfahren hat“, sagt SPD-Innenminister Holger Hövelmann. „Das ist nicht zuletzt auf das Scheitern des Verbotsverfahrens gegen die NPD zurückzuführen.“

Angesichts des erstarkenden Rechtsextremismus sieht Hövelmann gar die Demokratie in Sachsen-Anhalt als gefährdet an. „Eindeutig ja“, unterstreicht er auf eine entsprechende Frage. Die Gründe dafür möchte er allerdings aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Nicht nur im Hinblick auf zunehmend häufig marschierende rechte Horden. „Sachsen-Anhalt befindet sich schon geraume Zeit in einer sozialen Schieflage, die dem gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht dienlich ist und damit auch nicht der Demokratie.“ Wenn Menschen das Gefühl hätten, sich nicht mehr auf Staat und Gesellschaft verlassen zu können, dann sei die Demokratie durchaus gefährdet. Eine der wesentlichen Ursachen für die Schwächung demokratischer Strukturen sieht Hövelmann darin, dass eine Entwicklung zugelassen worden sei, in der die Vermittlung von Werten vernachlässigt werde, sowohl in der Schule als auch im Elternhaus. „Wir müssen Aufklärung, politische Bildung und Wertevermittlung wieder als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreifen lernen“, sagt er. „Wir brauchen attraktive Schulen, zusätzliche Lehrer und ein flächendeckendes Angebot attraktiver Freizeitangebote.“ Der Staat müsse die Wertevermittlung im Bildungssystem mindestens ebenso wichtig nehmen wie die Wissensvermittlung.

Da gelte es in einer Art konzertierter Aktion intelligente Lösungen zu entwickeln. Als Beispiel führt der Minister den Ort Pömmelte an, der kürzlich auch international für Negativschlagzeilen sorgte (s. Seite 5). Der Jugendclub des Ortes war vor drei Jahren geschlossen worden. „Nach dieser brutalen Gewalttat haben sich Bürger des Ortes mit Vertretern des Gemeinderates und dem Bürgermeister zusammengesetzt und beratschlagt, was zu tun sei“, sagt Hövelmann. „An diesen Gesprächen nahmen auch Vertreter des Landes und der Arbeitsverwaltung teil.“ Das Ergebnis dieser Gespräche: Der Jugendclub wird wieder eröffnet, nachdem er ehrenamtlich von Bürgern des Ortes saniert worden ist. Der spätere Betrieb wird zu gleichen Teilen durch Bürger des Ortes im Ehrenamt sowie durch hauptamtliche Mitarbeiter sicher gestellt.

Aber auch den Sanierungsstau an Schulen in Sachsen-Anhalt möchte Hövelmann so schnell wie möglich auflösen. „Schulgebäude sind für junge Menschen ein lebensbestimmendes soziales Umfeld“, sagt er. „Und damit sorgen sie auch ganz unabhängig vom vermittelten Wissen für eine charakterliche Prägung ihrer Schüler.“

Vereine wie Miteinander e.V. – Netzwerk für Demokratie und Toleranz, dessen Existenzberechtigung von der schwarzgelben Vorgängerregierung immer wieder in Frage gestellt worden war, sollen unter der jetzigen großen Koalition auf hohem Niveau konsolidiert werden. „Zumindest für die kommenden fünf Jahre der großen Koalition ist Miteinander e.V. damit finanziell abgesichert, so der Minister.

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus hat Hövelmann aber auch Wünsche, auf deren Umsetzung weder er noch seine schwarzrote Landesregierung sonderlich großen Einfluss haben. „Bei der Auslegung der Pressefreiheit, auch und gerade im Hinblick auf NS-Inhalte – da würde ich mir mehr Möglichkeiten wünschen“, sagt er. „Das berührt natürlich das Grundsatzproblem einer Einschränkung der Presse- und Meinungsfreiheit, da würden wir uns tatsächlich auf sehr dünnes Eis begeben.“

Eberhard Löblich

Grauzone

Maritime „Wallfahrtstätte“

Rechtslastiges Publikum erfreut sich an den Zeugnissen deutscher Reichskriegsmarine.

Das Marinemuseum des ehemaligen Springer-Vorstands Peter Tamm an der Hamburger Elbchaussee bekam Besuch von der rechtskonservativen Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG). Über 60 Damen und Herren sind der SWG-Einladung am 15. Mai in die Privatsammlung des ehemaligen Springer-Vorstands Peter Tamm gefolgt. Laut Einladungsschreiben wollen sie die Objekte noch in ihrer „Original Atmosphäre“ sehen, bevor die Sammlung ins neue Museum in der Speicherstadt umzieht. Vermutlich treibt sie die Sorge um, dass manches wegen der öffentlichen Kritik verschwinden könnte. Hatte doch die Geschäftsführerin des Museums Russalka Nikolov erklärt: „Zu viele Nazi-Symbole können wir nicht zeigen. Da würden wir uns ja verdächtig machen.“

Ab 2007 sollen die etwa 30 000 Schiffsmodelle, 5000 Wasser- und Boots-Gemälde, Orden, Uniformen und Waffen umziehen. 30 Millionen Euro Steuergelder investiert der Senat in den Umbau für das Sammelsurium eines der „erfolgreichsten deutschen Managers“. Kritiker werfen Multimillionär Tamm, der gerne Admiral geworden wäre und den Axel Springer einmal als „Rechtsradikalen“ bezeichnet haben soll, vor, eher eine „Wallfahrtsstätte für Gestrige“ und „Verherrlichung der Schlachtschiffahrt“ zu pflegen.

Die Besucher gehen in zwei Gruppen durch die Sammlung. Einige Herren erfreuen sich laut an den Zeugnissen deutscher Reichskriegsmarine. Viel erklärt Herr Grahn, der sich als ehrenamtlicher Museumsführer vorstellt, nicht: Hier ein technisches Detail, dort eine historische Anekdote. Einige Gäste führen intensive politische Gespräche. Vor einem der zahlreichen Schiffsmodelle beklagt ein Mann, bald „eine Minderheit im eigenen Volk“ zu sein. Zwischen Ehrenvitrinen für zwei Admiräle des Zweiten Weltkriegs erzählt er, wie er einen Schüler davor warnte, den Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen zu boykottieren, da dies dem Geschichtslehrer missfallen könnte. „Das war ja auch alles ganz anders“, wirft eine Dame ein.

Seit über 40 Jahren kämpft die SWG, die der einstige Goebbels-Referent Hugo Wellems 1962 mitbegründete, gegen die „alliierte Umerziehung“ und die „68er Wertezersetzung“, wie es in ihren Schriften heißt. An diesem Nachmittag muss die SWG aber nicht wegen einer „unangemessenen Bußkultur“ einschreiten. Gleich am Eingang überreicht ein Herr ein Werbeblatt für Gerd Schultze-Rhonhofs Hörbuch „Der Krieg, der viele Väter hatte“, in dem die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg relativiert wird.

Am Treppenaufgang, bei den U-Boot-Modellen, erläutert der Hamburger SWG-Vorsitzende Manfred Backerra: „Wenn Schiffe angegriffen wurden, funkten deutsche U-Boot-Kommandeure: Wir brauchen Hilfe, um die Menschen zu retten.“ Diese Rettungen seien durch Bombardierungen der „Amis“ behindert worden. „Wird ja heut’ verschwiegen“, behauptet der ehemalige Dozent für Militärisches Nachrichtenwesen an der Führungsakademie der Bundeswehr. Der Museumsführer führt schweigend weiter. Lange bleiben sie bewundernd vor den Uniformen und Ehrenzeichen des Nationalsozialismus stehen. Finger zeigen auf die Hakenkreuze, man kennt sich aus.

NS-Verbrechen sind bei der SWG, die in Hamburg als gemeinnützig eingetragen ist, kein Thema. Bundesweit soll der Verein 5000 Förderer haben. In einem Aufruf ermahnte die SWG 2005 die Abgeordneten des Bundestags, „die zerstörerische Selbstbezichtigung“ zu beenden. Vor einer Puppe mit der Uniform von Großadmiral Alfred von Tirpitz stehend, erläutert Backerra laut, dass Tirpitz dafür „verantwortlich gemacht“ würde, „dass wir die Engländer bedroht hätten. Was nicht stimmt“. Dieser Relativierung der Verantwortung für den Ersten Weltkrieg widerspricht Grahn nicht. Munter erklärt der Oberst a. D. gleich weiter: die Behauptung von „Weltmachtsplänen Hitlers“ seien „völliger Unsinn“. „Ja“, stimmt Grahn jetzt zu. Die Gruppe zieht weiter in den nächsten Raum mit Degen, Dolchen und Gewehren. Am Ende des Besuchs ereifern sich einige Herren weiter. „Churchill und Roosevelt haben unsere Kultur kaputt gemacht, unter dem Deckmantel, Hitler zu bekämpfen“, schimpft einer. Ein anderer meint: „Haben wir überhaupt noch eine eigene Identität?“

Andrea Röpke/Andreas Speit

Blick in die Zeitgeschichte

Schreibtischtäter

Nur im „Lischka-Prozess" konnten die „Endlöser" von Frankreich in der Bundesrepublik zur Rechenschaft gezogen werden – weitere Strafverfahren wurden unterdrückt.

Im Kölner NS-Dokumentationszentrum „EL-DE-Haus" in unmittelbarer Nähe zum früheren Landgericht erinnert seit Mitte Mai eine Ausstellung an das Strafverfahren gegen drei führende Nazis, denen unter anderem mehr als 70 000 französische Juden zum Opfer gefallen sind: Kurt Lischka, Herbert Hagen und Ernst Heinrichsohn.

Die Hauptverhandlung am Kölner Landgericht am Appellhofplatz begann am 23. Oktober 1979 und endete nach nur drei Monaten am 11. Februar 1980 mit hohen Freiheitsstrafen gegen alle Angeklagten. SS-Obersturmbannführer Kurt Lischka bekam zehn, SS-Sturmbannführer Herbert Hagen zwölf und SS-Staffelunterscharführer Ernst Heinrichsohn sechs Jahre Gefängnis. Die rechtskräftig verurteilten NS-Verbrecher leben nicht mehr. Auch das Strafverfahren geriet langsam in Vergessenheit, obwohl es eines der wichtigsten in der Geschichte der NS-Prozesse war. Es ging um die „Endlösung der Judenfrage" in Frankreich.

Zur Eröffnung der Ausstellung war auch Beate Klarsfeld aus Paris nach Köln gekommen. Sie und ihr Ehemann Serge hatten über viele Jahre Dokumente gesucht und schließlich gefunden, die nach langem Warten 1979 endlich zur Hauptverhandlung führten. Die Vorgeschichte war eine Kette von Skandalen. Im Bundestag, in der Bundesregierung, aber auch auf französischer Seite gab es einflussreiche Leute, die das Verfahren verhindern wollten. Dass es dennoch zum Prozess gekommen ist, daran war das Ehepaar Klarsfeld maßgeblich beteiligt. Genannt werden sollten aber auch der Kölner Staatsanwalt Rolf Holtfort und Landgerichtsdirektor Heinz Fassbender, den Vorsitzenden Richter im „Lischka"-Prozess. Kein Richter vor und nach ihm hat ein so schwieriges Verfahren in so kurzer Zeit rechtskräftig beendet.

Der „Lischka-Prozess" – so wird das Verfahren seit damals genannt – war deshalb so wichtig, weil es der erste und einzige geglückte Versuch war, die „Endlöser" von Frankreich in der Bundesrepublik zur Rechenschaft zu ziehen. Holtfort wollte noch weitere deutsche Schreibtischtäter wegen der Verbrechen in Frankreich auf die Anklagebank bringen. Er scheiterte aber an seinem Vorgesetzten, dem Kölner Generalstaatsanwalt Werner Pfromm, einem ehemaligen NS-Führungsoffizier. Der hatte mit dem Lischka-Prozess genug. Er ließ Dokumente gegen andere Verdächtige an die zuständigen Staatsanwalten in anderen Städten weiterleiten. Die waren historisch überfordert und stellten die Ermittlungen ein.

Pfromm kommt in einem Buch nur einmal vor, das sich speziell mit der „Endlösung der Judenfrage" in Frankreich beschäftigt. Professor Ahlerich Meyer ist Historiker. Eines seiner Spezialgebiete ist die Besatzungszeit Frankreichs. Dazu gehört für Meyer untrennbar auch die deutsche Justiz nach 1945 und deren Umgang mit möglichen NS-Tätern. Sein jüngstes Buch heißt „Täter im Verhör. Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich 1940–1944", das 2005 in der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft in Darmstadt erschienen ist. Meyer kennt den Völkermord in Frankreich. Er beschreibt die einzelnen Etappen und die Beteiligung der einzelnen Täter. Weil Meyer die Verhörprotokolle der Verdächtigen sehr genau gelesen hat, kann er zitieren, was diese Männer später gegenüber der deutschen Justiz und Polizei gesagt haben. Sie wollen selbstverständlich nichts gewusst, gesehen, gehört und befohlen haben. Meyer stellt nun geschickt diese drei Phasen gegenüber. Das ist schriftstellerisch gekonnt gemacht und gut geschrieben. Dass es auch kritische Anmerkungen gibt, versteht sich von selbst. Es fällt auf, dass Meyer kaum etwas zur Rolle des erwähnten Kölner Generalstaatsanwalts Werner Pfromm schreibt. Gerade dessen Rolle bei der Unterdrückung weiterer Strafverfahren wegen der „Endlösung in Frankreich" hätte der Klärung bedurft, um Licht in dieses trübe Kapitel der Justiz nicht nur in Köln zu bringen.

Meyers Buch ist leider bisher von der Fachwelt wie vom Publikum kaum zur Kenntnis genommen worden. Das ist höchst bedauerlich, weil es über dieses Kapitel deutsch-französischer Zeitgeschichte nur wenige interessante und gute Bücher gibt. Ein Grund mag der Preis sein. 79,90 Euro für 472 Seiten sind einfach zu viel.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Auf dem Index

Bonn – Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien hat die im "Volk in Bewegung - Verlag" erschienene Schrift "Neue Ordnung: Grundlagen des nationalen Welt und Menschenbildes" auf den Index gesetzt. Die 48 Seiten umfassende Broschüre versteht sich, so die Verlagswerbung, "als Fundament der nationalen Schulungs-, Bildungs- und Erziehungsarbeit". In Neonazi-Kreisen gilt die Schrift als "eine politische Waffe in den Händen jedes nationalen Aktivisten". Die Rechtswirksamkeit der Indizierung wird mit der Veröffentlichung im Bundesanzeiger am 1.6.2006 rechtswirksam und tritt dementsprechend in Kraft. Hinter dem "Volk in Bewegung-Verlag" steht das "Verlags- und Medienhaus Hohenberg" im württembergischen Rosenberg-Hohenberg.Geschäftsführer ist der Rechtsextremist Lars Käppler. (lb)

Führungswechsel bei der Hessen-NPD

Wölfersheim – Der „Freie Nationalist" Marcel Wöll (23) wurde auf dem diesjährigen Landesparteitag der hessischen NPD in Wölfersheim (Kreis Wetterau) zum neuen NPD-Landesvorsitzenden gewählt. Wöll, Anmelder einer Solidaritätsdemonstration für den iranischen Präsidenten am 17. Juni in Frankfurt, zur Seite stehen als Stellvertreter Jörg Krebs (NPD-Ratsherr im Frankfurter Römer), Carsten von Waffenstein (NPD-Fraktionsvize im Kreistag Wetterau) und Dirk Waldschmidt (Ex-NPD-Bürgermeisterkandidat). Neben dem Schatzmeister Klaus Dietrich gehören dem Landesvorstand sieben Beisitzer an. Der bisherige langjährige Landesvorsitzende Hans Schmidt (64) ist nicht mehr im Landesvorstand vertreten. „Mit dem Führungs- und Generationswechsel" will die hessische NPD Eigenbekunden zufolge „aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen, in der Öffentlichkeit deutliche Präsenz zeigen und aktiv für das Wohl des Deutschen Voles kämpfen." (am)

Zulauf für Neonazis in Portugal

Portugal (Lissabon) – Laut eines Berichtes des portugiesischen Geheimdienstes stellen Skinheads und Neonazis durch ihren ständigen Aufruf zu politischer und rassistischer Gewalt eine ernstzunehmende Bedrohung der nationalen Sicherheit des Landes dar. Die Ermittler dokumentieren ein deutliches Wachstum der radikalen rechten Szene und den Anstieg von Angriffen auf Angehörige ethnischer Minderheiten in einigen Städten. Einheimische Skinheads haben ihre Verbindungen ins Ausland intensiviert und einen Ableger der US-Organisation "Hammerskin Nation" gegründet. Der Regelkodex des als extrem gewaltbereit eingestuften "White Supremacy"-Netzwerkes verpflichtet jeden Hammerskin zu absoluter Geheimhaltung, Treue und permanentem Waffentraining. Kräftigen Zulauf an Neu-Mitgliedern verzeichnete in den vergangenen 18 Monaten auch die neonazistische Partei Frente Nacional (Nationalfront), gut die Hälfte davon ist jünger als 21 Jahre. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Stellvertretende SPD-Vorsitzende)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de